

Zürich

Provokation vermeiden

Für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist der Fall des in der Türkei inhaftierten Selahattin Demirtas besonders heikel. **SEITE 21**

Selbst im Visier

Gegen Adam Quadroni, der das Baukartell im Engadin platzen liess, läuft bereits seit 2014 ein Verfahren wegen Betrugs. **SEITE 18**



Regierung überarbeitet Spitallisten

GESUNDHEIT Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger hat gestern den Fahrplan für die Spitalplanung 2022 präsentiert. Ein CVP-Gesundheitspolitiker kritisiert das Vorgehen des Regierungsrats.

Auf das Jahr 2022 führt die Gesundheitsdirektion eine neue, umfassende Spitalplanung durch. Am Ende des Projektes stehen die neuen Zürcher Spitallisten, die per 1. Januar 2022 in Kraft gesetzt werden. Sie werden jene ersetzen, die seit dem 1. Januar 2012 gelten. Mit den neuen Spitallisten soll die Spitalversorgung für die Bevölkerung weitere zehn Jahre bedarfsgerecht, qualitativ gut und finanzierbar sein.

Die neue Spitalplanung muss einigen Herausforderungen genügen. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) nannte unter anderem die demografische Entwicklung, das Kostenwachstum, die Zunahme der chronisch kranken, multimorbiden Personen und den medizinisch-technischen Fortschritt.

In drei Etappen ans Ziel

Die Gesundheitsdirektion erfindet das Verfahren für die Spitalplanung nicht neu. Man will Bewährtes aus der Spitalplanung 2012 übernehmen. Das Projekt gliedert sich in drei Etappen:

- **Bedarfsklärung:** Bis Ende 2019 will man den künftigen Bedarf an stationären medizinischen Leistungen mit Blick auf das Jahr 2030 ermitteln. Die Resultate werden in einem Versorgungsbericht zusammengefasst, der Anfang 2020 in die Vernehmlassung gegeben wird.
- **Bewerbung:** Die Bewerbungen interessierter Leistungserbringer (Spitäler und Geburtshäuser) – für die Spitalisten 2022 Akut-somatik, Rehabilitation und Psychiatrie – werden ab Herbst 2020 entgegengenommen. Sämtliche Leistungsaufträge werden neu ausgeschrieben. Auch bisherige Anbieter müssen sich also neu bewerben.
- **Evaluation:** Im dritten Schritt, ab Ende 2020, werden die Bewerber nach den gleichen Kriterien evaluiert. Dies erfolgt anhand des ermittelten Bedarfs. Die wichtigsten Kriterien sind Qualität, Wirt-



Den Spitalern wird nichts geschenkt: Für die neuen Spitalisten 2022 müssen sich auch die bisherigen Anbieter neu bewerben.

Foto: Keystone

schaftlichkeit und Zugänglichkeit. Ein Strukturbericht und die provisorischen Spitalisten werden voraussichtlich im Frühjahr 2021 in die Vernehmlassung gegeben. Im Sommer 2021 wird der Regierungsrat die neuen Spitalisten mit den zu erteilenden Leistungsaufträgen verabschieden.

Inhalt ist entscheidend

Aus Sicht des Verbandes der Zürcher Krankenhäuser (VZK) macht das Vorgehen der Gesundheitsdirektion Sinn, wie VZK-Geschäftsleiter Daniel Kal-

berer gestern auf Anfrage sagte. «Für uns ist der Inhalt der Spitalplanung 2022 entscheidend, und darüber haben wir noch nichts erfahren.» Regierungsrat Heiniger habe erst über den Prozess und den zeitlichen Ablauf des Projektes informiert.

Der Inhalt wird in den Fachgruppen diskutiert. Dem VZK wäre es laut Kalberer wichtig, dass neben den Ärzten auch die Spitalleitungen einbezogen würden. Für Spitäler und Kliniken seien Kontinuität und Planungssicherheit wichtig.

Kritisch äusserte sich gestern der CVP-Gesundheitspolitiker Lorenz Schmid. Ihm fehle es an konkreten, eventuell auch unliebsamen Schritten und Massnahmen. «Thomas Heiniger muss den Spitalern jetzt rasch klarmachen, wo die Reise hingehet», sagte Schmid auf Anfrage. Die Zahl an stationären Eingriffen werde abnehmen. «Mit der neuen Spitalliste werden weniger Leistungsaufträge vergeben als bisher», sagte Schmid.

Schmid kritisierte, die Planung nehme zu viel Zeit in An-

spruch. «Man muss die Etappen parallel in Angriff nehmen», sagte der Apotheker und Kantonsrat. Als Qualitätskriterium sei zudem dringend die Indikationsqualität aufzunehmen. In der Schweiz würden Ärzte die Indikation und die Therapie verordnen, ohne internationale Standards und Richtlinien zu beachten. Im Endeffekt führe dies zu vielen unnützen Operationen. Als Beispiel nannte Schmid das unnötige Einsetzen von Stents und überflüssige Meniskusoperationen. *Patrick Gut*

Weniger Parkbussen

BILANZ Die Zürcher Stadtpolizei hat im vergangenen Jahr weniger Parkbussen ausgestellt. Die Zahl ging um fast 11 Prozent auf 449 606 zurück, wie es in einer Mitteilung heisst. Als Grund für den Rückgang vermutet die Stadtpolizei, dass die Autofahrer disziplinierter waren, wie eine Sprecherin auf Anfrage sagte. Zudem könne es auch Schwankungen geben, wie viele Mitarbeitende der Stadtpolizei unterwegs seien. Hingegen hat die Zahl der Übertretungen beim Fliessverkehr um rund 6 Prozent auf 522 226 zugenommen. Dazu haben auch die rund 7200 Bussen beigetragen, die aufgrund der neuen Zufahrtskontrolle an der Langstrasse erfasst wurden. Die automatische Zufahrtskontrolle ist seit Juni 2017 in Betrieb. Zudem wurden 3293 weitere Übertretungen erfasst. Gesamthaft hat die Stadtpolizei im vergangenen Jahr rund 975 000 Übertretungen geahndet. Die Zahlungen aufgrund von Ordnungsbussen machten 2017 rund 62,2 Millionen Franken aus. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber 2016 von einer Million Franken. Budgetiert war für 2017 ein Ertrag von 60,8 Millionen Franken. Der Mehrertrag von 1,4 Millionen Franken liege im normalen Schwankungsbereich. *sda*

Sonova steigert den Gewinn

WIRTSCHAFT Der Hörsystemhersteller Sonova ist im Geschäftsjahr 2017/18 erneut gewachsen. Sowohl beim Umsatz als auch beim Reingewinn konnte er sich deutlich verbessern. Konkret legte der Umsatz um 10,4 Prozent auf 2,65 Milliarden Franken zu. Dieser Anstieg sei schwerwichtig auf ein organisches Wachstum von 3,8 Prozent und ein Wachstum aus Akquisitionen von 6 Prozent zurückzuführen, schreibt Sonova in einer Mitteilung. Beim Betriebsgewinn auf Stufe Ebita gelang dem Hörgerätehersteller ebenfalls eine Steigerung – und zwar von 463 Millionen Franken im Vorjahr auf 532 Millionen Franken. Unter dem Strich erwirtschaftete das Unternehmen einen Reingewinn von 407 Millionen Franken nach 356 Millionen im vorangehenden Geschäftsjahr. *sda*

Mehr Massnahmen zum Schutz von Kindern

KESB 2017 hat die Kesb Stadt Zürich mehr Massnahmen zum Kinderschutz angeordnet als im Vorjahr. Bei den Erwachsenen waren es weniger. Es gibt Instrumente, um einem Eingriff der Kesb vorzubeugen. Dazu gehört der Vorsorgeauftrag.

Jetzt ist das mediale Scheinwerferlicht wieder auf die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) gerichtet. Eine Initiative, die vor einer Woche präsentiert wurde, will ihnen Kompetenzen entziehen. Bei einer Urteilsunfähigkeit sollen automatisch Familienangehörige dafür verantwortlich sein, die Angelegenheiten des Betroffenen zu regeln. Die

Kesb wehren sich dagegen: Gehe es nach der Initiative, sei nicht sichergestellt, dass die Angehörigen auch wirklich im Sinne der Betroffenen handelten, sagte Michael Allgäuer, Leiter der Kesb Stadt Zürich, gestern vor den Medien. Vielleicht habe man gar keinen Kontakt zueinander. Heute überprüft die Kesb, ob die designierten Personen in der Lage sind, die Aufgabe zu übernehmen.

Es gibt mehrere Instrumente, um zu regeln, dass die Angelegenheiten im eigenen Sinne besorgt werden, sollte man urteilsunfähig werden. Eines davon ist der Vorsorgeauftrag. Im handgeschriebenen oder öffentlich beurkundeten Dokument kann man eine Vertrauensperson definieren, die

sich um einen selber, das Vermögen und alle rechtlichen Angelegenheiten kümmern soll. Der Vorsorgeauftrag kann bei der Kesb hinterlegt werden. Sobald man urteilsunfähig wird, überprüft die Kesb, ob der Vorsorgeauftrag gültig und die eingesetzten Personen geeignet sind.

Das ist nicht immer leicht, wie das Beispiel der betagten Frau E. zeigt. Frau E. hatte in einer ersten Version des Vorsorgeauftrags ihre ältere Tochter als Vertrauensperson eingesetzt. Später setzte sie ein neues Dokument auf, worin unter anderen ihre jüngere Tochter vorgesehen war. Als sie ins Pflegeheim kam, war unklar, welches Dokument gilt. Die Kesb stellte mithilfe der Hausärztin

fest, dass Frau E. beim Aufsetzen der zweiten Version noch urteilsfähig war. Also war diese Version gültig. Die Schwestern waren jedoch derart zerstritten, dass die vorgesehenen Vertrauenspersonen den Auftrag nicht annahmen, um den Konflikt nicht weiter zu befeuern. Die Kesb setzte schliesslich einen Berufsbeistand ein. 2017 waren 182 Vorsorgeaufträge bei der Kesb Stadt Zürich hinterlegt. 30 wurden validiert.

Rückgang über fünf Jahre

Weiter präsentierte Allgäuer die Jahreszahlen der Kesb Stadt Zürich: Die angeordneten Massnahmen bei Kindern sind 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 71 auf 422 gestiegen. 67 Kinder wurden

in Pflegefamilien oder Institutionen fremdplatziert. Das sind 13 mehr als im Vorjahr. Bei den Erwachsenen sinken die Zahlen von 504 auf 486. Es sei normal, dass sie stark schwanken, sagt Allgäuer. Vor allem bei den Platzierungen schnellten die Zahlen in die Höhe, sobald Familien mit mehreren Kindern betroffen seien.

Wird die Bevölkerungszunahme berücksichtigt, zeigt sich über die letzten fünf Jahre ein leichter Rückgang aller Schutzmassnahmen und Platzierungen. Allgäuer führt dies darauf zurück, dass die Kesb auf ein Eingreifen verzichte, solange eine andere Lösung mithilfe der Familie und privater oder öffentlicher Dienste möglich sei. *Katrin Oller*

ANZEIGE

KREBSER
Bewachungen
Ifangstrasse 93, 8153 Rümlang
Telefon 044 817 23 45
info@krebser-bewachungen.ch

• Überwachungen
• Kontrollgänge
• Objektschutz
• Festplätze
• Baustellen

Auf unsere Zuverlässigkeit vertrauen seit 1995
Gemeinden, Firmen und Private.

www.krebser-bewachungen.ch